

Ercheinungswefse:
Täglich mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell.
Die Seite 16 Goldpfennige
b) im Reklametell.
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann
keine Gewähr übernommen
werden.

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wohlfrei, mit Tragerlohn.
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Seltung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Redaktion Nr. 9.
Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Seele.
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 63

Mittwoch, den 17. März 1926.

100. Jahrgang.

Die Aufnahme Deutschlands vertagt.

Die Genfer Verhandlungen gescheitert.

Vertagungsantrag des Volkerbundesrats.

Endgültige Entscheidung heute vormittag.
In Genf, 17. März. Die Ratsmitglieder haben gestern abend in einer geheimen Sitzung mit 7 gegen 3 Stimmen beschlossen, bei der Vollversammlung den Antrag auf Vertagung des deutschen Aufnahmebesuches bis zum September zu stellen. Die drei Mächte, die sich gegen diesen Antrag aussprachen, sind Belgien, Japan und Schweden. Der Beschluss erfolgte im Einverständnis mit der deutschen Delegation.

Der amtliche Bericht der Locarnomachte.
Die Locarnomachte haben folgende gemeinsame Veröffentlichung vereinbart, die am Spatabend ausgegeben wurde:
„Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritannien und Italiens haben sich vereinigt, um die Lage zu prufen, wie sie sich aus den ausgetauschten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, dass sie im Begriff waren, zu einer Ubereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren. Falls, wie zu befurchten ist, die eingangs erwahnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der 7 Signatarmachte des Protokolls von Locarno bedauern, dass sie im gegenwärtigen Augenblick das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen mit Begeisterung fest, dass das Friedenswerk, welches sie in Locarno verwirklicht und welches in seinem ganzen Wert und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrecht zu erhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Ueberzeugung, dass bei der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und dass die Verstandigung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.“

Die Auffassung der deutschen Delegation.
Zur Auffassung der aus dem amtlich vereinbarten Communiqué sich ergebenden Lage wird halbamtlich aus Kreisen der deutschen Delegation mitgeteilt, dass für die Beurteilung des Nichtvollzuges des deutschen Eintritts in den Völkerbund die Tatsache im Vordergrund der Betrachtung stehe, dass dieser negative Ausgang aus einer Schwierigkeit des Verfahrens resultiert, die nicht vorausgesehen werden konnte. Es wird dabei ausdrücklich festgestellt, dass die vorher bestehenden Hindernisse, mit denen man sich u. a. noch Dienstag vormittag befasst hatte, beseitigt waren. Es braucht dabei nur daran erinnert zu werden, dass Benesch, der Führer der Kleinen Entente, sich ebenfalls unter den Herausgebern des Communiques befindet. Die Ursachen des negativen Ausgangs sind daher auserhalb der Locarno-Mächte bei einem sudamerikanischen Ratsmitglied (Brasilien) zu suchen. Die deutsche Delegation vermeidet es jedoch, ihrerseits die Verursachungsfrage näher zu erörtern und überlässt es der Meinung der Welt, die Schlusse zu ziehen, auf denen ihre letzte Entscheidung beruhen wird. Im übrigen ist wesentlich die unter den Signatarmachten von Locarno getroffene Feststellung dahingehend, dass das Werk von Locarno mit seinen Voraussetzungen, Rück- und Auswirkungen unter ihnen bestehen bleibt und dass sie es als ihr gemeinsames Ziel betrachten, die jetzt bestehenden Schwierigkeiten bezuglich des deutschen Eintritts in den Völkerbund bis zur nächsten Vollversammlung zu beseitigen. Aus dieser Auffassung wird von manchen Seiten in Genf der Vorwurf hergeleitet, dass bei den Genfer Besprechungen Locarno über den Völkerbund gestellt worden sei. Inbezug erscheint es für die Behandlung der gesamten öffentlichen Meinung der Welt und sicherlich nicht nur vom deutschen Standpunkt aus, das wichtigste Erfordernis, dass bei der nun erfolgten Entwicklung keinerlei fehlerhaftes Verhalten Deutschlands mitspielen, das sie sich aber durch die Form in der im vereinbarten Communiqué auf die Beziehungen zwischen den Ereignissen und der Erhaltung des Werkes von Locarno Bezug genommen wird, unzweifelhaft darstellt.

Heute nachmalige Ratssitzung vor der Vollversammlung.
In Genf, 17. März. Heute vormittag wird vor dem Zusammentritt der Vollversammlung eine Zusammenkunft der Ratsmitglieder stattfinden, in der sie von der dann vorliegenden Situation Kenntnis nehmen und einen dementsprechenden Antrag an die Vollversammlung formulieren werden. Falls die Situation bis heute vormittag sich nicht geandert haben sollte, was kaum anzunehmen ist, wird der Rat in seinem Antrag an

die Vollversammlung sein Bedauern ausdrücken, dass Deutschland nicht in den Völkerbund aufgenommen werden konnte.

Die Berliner Presse zur Vertagung.
In Berlin, 17. März. Der „Tag“ stellt am Schluss seiner Erortierungen, die er dem Zusammenbruch des Volkerbundsgedankens widmet fest, dass die deutsche Delegation den gefundenen Ausweg nicht eigener Initiative verbanke, sondern einer Lösung, die sich noch als Turre ins Freie erweisen wird. Auch der „Berliner Lokalanzeiger“ meint, an der deutschen Delegation habe es nicht gelegen, wenn die Genfer Intriguen mit diesem kläglichen Fiasko des Völkerbundes und der gesamten europäischen Politik geendet hattem. Die „Tägl. Rundschau“ sagt, die unmittelbare Ursache für den Genfer Misserfolg wäre das veto Brasilians, die eigentliche Ursache aber die französisch-polnische Politik und die unklare Haltung Chamberlains. Die „Post-Zeitung“ schreibt: Die Wendung, welche die Dinge in Genf genommen haben, bedeute eine ganz schwere Enttäuschung. Namentlich die ehelichen Freunde des Völkerbundes würden von tiefer Trauer erfüllt sein über diese Distretisierung der Institution des Völkerbundes. Das „Berliner Tageblatt“ legt besonderen Wert darauf, dass trotz einer Vertagung das Friedenswerk von Locarno unverandert bleibt. Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt dagegen fest, dass die Erklärung der Locarnomachte nur eine formelle Uebertundung der tiefen Risse zwischen ihnen sei. Die Furcht der Urheber von Locarno, für den großen Fehlschlag der Locarnopolitik in Genf in ihren Ländern verantwortlich gemacht zu werden und die Furcht vor dem politischen „Was dann?“ habe sie zu diesem gemeinsamen Schritt gebracht. Politisches Kapital sei daraus nicht zu schlagen. Der „Vorwärts“ stellt fest, dass man vor einem diplomatischen Trummerhaufen stehe. Ganz schuldlos daran sei man auf keiner Seite. Der Genfer Völkerbund hat sich in einem Ausmaße blamiert, von dem man noch in fernsten Zeiten künden wird. Die sogenannten großen Staatsmänner, denen es so leicht fiel, Deutschland, nachdem es wehrlos gemacht wurde, in Ketten zu schmieden und immer neue Qualen für uns auszumalen, erweisen sich in der Roge gesehen als die kleinen Mische mit allen kleinsten Schwächen und Eitelkeiten, die ihr Werk so lange schon kennzeichnet.

Der erste Eindruck in Paris.
In Paris, 17. März. Die Nachricht von dem Vertagungsantrag in Genf erregt hier großes Aufsehen, da die letzten Genfer Berichte dahin gedeutet wurden, dass Brasilien sein veto zurückziehen werde. Es ist vorauszu sehen, dass ein Teil der französischen Presse den Vertragsabschluss als ein offenkundiges Eingeständnis der Ohnmacht des Völkerbundes huchen und dessen moralischen Bankrott verkünden wird. Die vorliegenden Kommentare der Presse, in denen die Folgen einer Aufnahme von Deutschland in den Völkerbund in den schwärzesten Farben geschildert werden, lassen den Schluss zu, dass die Vertagung des deutschen Eintritts nicht ungen esehen wird. Es fehlt jedoch nicht an Stimmen, die das Verhalten Brasilians verurteilen. So telegraphiert der Genfer Vertreter des „Temps“, die von Brasilien eingenommene Haltung sei umso bedauerlicher, als die letzten Schwierigkeiten, die wegen der Wahl Polens in den Völkerbund bestanden, aus dem Wege geräumt zu sein schienen. „Journal des Debats“ sagt, es sei höchste Zeit, dass der Vorhang über Genf falle, weil das Schauspiel, das man in den letzten Tagen erlebt habe, geradezu beschämend gewesen sei.

Die Rückwirkungen der Genfer Tagung.

Genf und die französische Kabinettsfrage.
In Paris, 17. März. Die Nachricht von der Vertagung der Genfer Probleme auf September hat in politischen Kreisen einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Eine politische Personlichkeit erklärte am Dienstag abend, die Vertagung sei als ein Misserfolg der Locarnopolitik aufzufassen, der geeignet sei, die Stellung des Kabinetts Briand zu gefährdet. Nur die Furcht vor einem Kabinetts Herriot werde eine Reihe Politiker davon zurückhalten, gegen die Regierung Briand zu stimmen.
Abreise Briands aus Genf.
Der französische Ministerpräsident Briand hat seine Kabinettskollegen davon verstandigt, dass er heute aus Genf abreise und dem Donnerstag früh zusammentretenden Ministerrat, der den endgültigen Wortlaut der Regierungserklärung festlegen soll, beiwohnen wird. Dem Ministerrat geht heute früh ein Kabinettsrat voraus, der unter dem stellvertretenden Vorsitzenden Lalal die Regierungserklärung nach den von Briand nach Paris mitgeteilten Gesichtspunkten beraten wird. Die Regierung tritt am Donnerstag nachmittag vor das Parlament. An die Verlesung der Regierungserklärung wird sich eine politische Aussprache anknüpfen auf Grund von fünf Interpellationen über die allgemeine Politik des neuen Kabinetts. Außerdem sind noch weitere elf Interpellationen angemeldet.

Tages-Spiegel.

Die Genfer Verhandlungen um die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sind am Widerstand Brasilians gescheitert.

Heute vormittag wird die Vollversammlung des Völkerbundes die endgültige Entscheidung fällen. Voraussichtlich wird das Aufnahmege such Deutschlands bis zum September vertagt werden.

Die deutsche Delegation wird voraussichtlich heute abend Genf verlassen.

Nach dem Misserfolg Briands in Genf erwartet man eine neue französische Kabinettskrise. Die Stellung Chamberlains ist schwer erschüttert.

Die internationale Arbeitszeitkonferenz in London setzt gestern die Beratung der einzelnen Artikel des Washingtoner Abkommens fort.

Der Streit der Großmächte mit China hat sich erheblich zuge-
spitzt.

Der Reichstag wird morgen in der Beratung des Haushalts des Innenministeriums fortfahren.

Chamberlains Stellung erschüttert.

In London, 17. März. Der englische Außenminister Chamberlain wird bei seiner Rückkehr nach England seine Stellung im Rabinett schwer erschüttert vorfinden. Das Vertrauen in seine Fähigkeiten, das auch seit dem Abschluss der Verhandlungen von Locarno nicht ubergro gewesen war, ist endgültig dahin. Hinzu kommt noch, dass Chamberlain, an dessen guten Absichten kaum einer in England gezwweifelt hat, persönlich über keine große Anhangerenschaft verfügt. Er gehört zu den Leuten, die zwar keine Feinde, aber auch nur wenig Freunde besitzen. Ganz England fühlt, dass er durch sein Verhalten in Genf nicht nur seinem eigenen Ruf, sondern auch dem Prestige Englands erheblichen Schaden zugefügt hat. Unter normalen Verhältnissen würde man nach seiner Rückkehr nur eine einzige Folgerung ziehen können, nämlich seinen sofortigen Rücktritt. Aber die Karrieren von Locarno sind noch zu frisch, als dass man einen solchen Schritt zur Zeit wagen könnte, ohne einen recht unangenehmen Nachgeschmack zu hinterlassen. Immerhin wird vielfach sein Rücktritt nur noch für eine Frage der Zeit gehalten.

Regierungskrise in der Tschechoslowakei.

In Prag, 17. März. Der Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten hat sich derart verschlechtert, dass er auf arztlichen Rat zu einem mehrmonatigen Erholungsurlaub nach dem Süden abreisen wird. Sein Vertreter ist der sozialistische Eisenbahnminister Běhoun. Es wird allgemein mit einem Rücktritt der Regierung und mit der Erneuerung einer Beamtenregulierung gerechnet. Der Rücktritt des Ministerpräsidenten kann als sicher angenommen werden. Die Lage ist sehr gespannt.

Das Volksbegehren über die Furstenenteignung.

Berlin, 17. März. Der zweite Sonntag, der für die Enttragung zum Volksbegehren über die Furstenenteignung bereitet stand, hat den Sozialdemokraten und Kommunisten große Erfolge gebracht. Der „Vorwärts“ stellt fest, dass sich am Sonntag allein 217 000 Wahlberechtigte haben eintragen lassen, so dass in Berlin jetzt beinahe 1,1 Millionen Stimmen abgegeben sind. Die Propaganda scheint jetzt zu wirken. Auch aus Grohamburg meldet der „Vorwärts“ im ganzen 300 000 Eintragungen, aus Roln 80 000, aus München 65 000, aus Breslau fast 100 000 und so fort. Es ist ja von Anfang an nicht zweifelhaft gewesen, dass die beiden Parteien, die für den weiteren Verlauf des Volksbegehrens erforderlichen vier Millionen Stimmen bekommen würden. Sie selbst schützen, dass bereits über acht Millionen abgegeben sind. Wie weit diese Zahlen zutreffend sind, lässt sich natürlich nicht nachprüfen, da für die Abstimmung auf dem Flachlande jeder Anhaltspunkt fehlt. Schließlich ist ja auch, ob es acht oder zehn Millionen sind, für den weiteren Verlauf belanglos. Sicher ist, dass der Reichstag sich mit dem Volksbegehren zu beschäftigen haben wird. Sicher ist auch, dass er es entsprechend der Auffassung der Reichsregierung ablehnen wird und dass dann etwa im Juni der eigentliche Volksentscheid erfolgen muß. Fraglich kann nur sein, ob inzwischen der Reichstag den Versuch macht, durch die Annahme des Kompromissantrages der bürgerlichen Parteien eine andere befriedigende Lösung zu suchen.

Kleine politische Nachrichten.

Vorbereitende Besprechungen über die Wahlreform. Der Reichsminister Dr. Kühl wird in allernächster Zeit mit den Parteien Fühlung nehmen, um mit ihnen die einheitlichen Grundsätze der Wahlreform zu erörtern. In den Debatten des Haushaltsausschusses und des Plenums seien die Grundlinien der Parteien zur Wahlreform noch nicht erkennbar gewesen.

Das Volksbegehren zur Fürsorgeeinrichtung. Die Gesamtzahl der bisher in Berlin erfolgten Eintragungen für das Volksbegehren beträgt 1 091 684 Stimmen. Die Gesamtzahl der bisher in Großhamburg abgegebenen Eintragungen für das Volksbegehren beträgt 189 000.

Protest des deutschen Ostbundes gegen einen polnischen Ratsitz. Der deutsche Ostbund hat an den Reichskanzler in Genf nachstehendes Telegramm gerichtet: In schwerer Sorge auf Grund hier eingetroffener Nachrichten, bitten wir, keinerlei Bindung für künftigen oder nichtständigen Sitz Polens im Völkerbund einzugehen, sofern Sie und Reichsaußenminister Graf vom Helldorf auf vertrauensvolle Mitarbeit des deutschen Ostbundes legen, der die ostmärkisch eingestellten Deutschen aller Parteien umfaßt, darunter mehr als 900 000 von Haus und Hof Vertriebene.

16 Millionen Franken für ein neues Völkerbundsgebäude. Bei der Beratung der Budgetkommission des Völkerbundes regte der irische Vertreter an, den Sitz des Völkerbundes von Genf nach Lugano, nach Lausanne oder einem beliebigen Ort in einem extraterritorialischen Land zu verlegen. Nach längeren Ausführungen des schweizerischen Bundesrats Motta, der sich energisch gegen einen solchen Vorschlag wandte, zog der irische Vertreter seine Anregung zurück. Die Kommission beschloß, 16 Millionen Franken für die Errichtung eines neuen Gebäudes zu bewilligen.

Internationaler Verband der demokratischen Parteien. In Paris fand eine Sitzung der Vorstandsmitglieder des internationalen Verbandes der demokratischen Parteien statt. Vertreten waren 7 Staaten: Deutschland, Frankreich, Dänemark, Belgien, Holland, Griechenland und Polen. Von deutscher Seite waren die Abgeordneten Haas und Heile anwesend. In der Sitzung wurde beschlossen, die nächste Vollversammlung im September in Genf abzuhalteln.

Keine russisch-polnischen Garantiepaktverhandlungen. Entgegen den von polnischer Seite verbreiteten Nachrichten über russisch-polnische Garantiepaktverhandlungen erfahren wir, daß weder in Warschau noch in Moskau neue Vorschläge über diese Frage gemacht worden seien. Die Sowjetregierung ist nach wie vor bereit, einen Pakt mit Polen abzuschließen, wenn sich Polen bereit erklärt, den militärischen Posten in Danzig aufzugeben, die nationalen Minderheiten in Polen entsprechend dem Verträge von Riga im Jahre 1921 zu achten und die weißgardistischen Organisationen in Polen aufzulösen.

Litauen gegen die polnische Forderung. Die litauische Delegation, die unter Führung des Außenministers Reims steht, hat an den Vorsitzenden des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, daß sie einem polnischen Ratsitz scharf widerspreche, weil Polen seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, insbesondere Wilna nicht geräumt habe. Die litauische Delegation will dieses Schreiben durch eine Erklärung in der Völkerbundsversammlung ergänzen.

Die französische Regierung gegen das türkische Abkommen. Die französische Regierung hat sich geweigert, das kürzlich von De Jouvenel mit der Türkei abgeschlossene Abkommen über die türkisch-syrische Grenzregelung anzunehmen. Sie hat den französischen Botschafter in Angora beauftragt, im türkischen Außenministerium wegen Aenderung der Neutralitätsklausel und des türkischen Durchmarschrechtes durch syrisches Gebiet vorzusprechen.

General Pangalos Pläne. General Pangalos hat mitgeteilt, daß er ein Programm ausarbeite für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Griechenland. Die Verfassung müsse neu gestaltet werden. Die Nachbarn des Präsidenten sei nach amerikanischem Muster zu erhöhen. Nach Fertigstellung seiner Arbeiten im Mai solle die Präsidentenwahl erfolgen. Die Stimmabgaben für Kandidaten, die im Ausland wohnen, werde gesetzlich verboten werden. Die auf der Insel Santorin internierten Politiker sollen kandidieren dürfen, jedoch soll ihnen eine Teilnahme an Wahlversammlungen in Athen verboten werden. Pangalos selbst werde als Präsidentenkandidat auftreten.

Kein offizieller japanischer Schritt gegen China. Das japanische Kabinett hat beschlossen, die Entscheidung über einen diplomatischen Schritt in Bezug weanen der Bekämpfung der japanischen Zerstörer in der Pei-ho-Mündung vorläufig zurückzustellen. Nichtsdestoweniger wird Japan eine freundschaftliche Demarche in Bezug unternehmen mit der Bitte, die Verantwortlichen des Zwischenfalles zu bestrafen. Schadenersatz den verwundeten Japanern zuzuerkennen und dafür zu sorgen, daß solche Übergriffe in Zukunft unterbleiben.

Italien gegen ein deutsches Kolonialmandat.

Lu Rom, 17. März. In der Tribuna polemisiert der Nationalist Coppola heftig gegen die Übertragung eines Kolonialmandats an Deutschland. Es sei ganz ausgeschlossen, daran zu denken, dem besiegten Deutschland irgend ein Mandat zu geben, bevor man nicht die bevorrechtigten Ansprüche des kriegsreichen Italiens auf Kolonialbesitz berücksichtigt hätte. Als kurz nach Locarno diese Frage angeschnitten wurde, habe Italien in London und Paris protestiert und dabei die Auskunst erhalten, daß Deutschland keinerlei bindende Zusicherungen auf Übertragung eines Kolonialmandats gemacht worden seien. Es sei unverständlich, wie Briand jetzt dazu komme, bindende Zusagen zu machen, nur um die deutsche Intransparenz zu brechen. Italien habe nicht die geringste Lust, die Kosten dieses Kompromisses zu tragen, das nur den sozialistischen Apatien anderer zugute komme. Das habe man noch 1919 in

Verfallenes sich leisten können. Heute aber müsse man außer mit dem Geist von Locarno mit noch etwas anderem rechnen, — dem Faschismus.

Amerika verurteilt die europäische Geheimpolitik.

Lu Newyork, 17. März. Die Newyorker Presse ist einmütig in der Beurteilung der europäischen Geheimpolitik, deren Folgen sich jetzt in Genf bemerkbar machen. „Sun“ führt die Zerwürfnisse in Genf auf den Mangel an Aufrichtigkeit zurück, der bei den Vorbereitungen herrschte und der zu den Geheimabmachungen zwischen Chamberlain und Briand wegen des polnischen Ratsitzes führte. Amerika sollte froh sein, daß es mit alledem nichts zu tun habe. „Evening World“, unterstreicht, daß die deutsche Politik in Genf absolut einwandfrei sei, da Deutschland gemäß den Abmachungen von Locarno allein das Recht habe, in den Völkerbund aufgenommen zu werden und einen ständigen Ratsitz zu erhalten. Alles andere seien beleidigende Zumutungen. Auch „Newyork World“ sieht den Grund für die verwerfliche Lage in den Abmachungen, die hinter dem Rücken Deutschlands getroffen wurden. Deutschland verlange heute kein gutes Recht. Chamberlain sei seit Locarno bedenklich vom Wege abgeirrt, während Deutschland den Weg von Locarno bis Genf durchaus folgerichtig gehe. Deutschland träge keinen Vorwurf, wenn in Genf der Geist von Locarno sterbe.

Eine Erklärung der südamerikanischen Staaten.

Lu Genf, 17. März. Die südamerikanischen Staaten beim Völkerbund veröffentlichen folgende Erklärung:

„Die Delegationen der südamerikanischen Staaten haben einen im Geiste größter Herlichkeit und Solidarität gehaltenen Meinungsaustausch gehabt und nach Anhörung der Erklärung der Ratsmitglieder Guani und Mello Franco folgenden Beschluß gefaßt:

1. Sie erneuern in ihrem Namen, wie im Namen ihrer Regierungen der brasilianischen Regierung und dem Botschafter Mello Franco ihre lebhafteste Sympathie.

2. In Anbetracht der schwierigen Lage des Völkerbundes und im Interesse des Weltfriedens, sowie entsprechend der Pflicht der amerikanischen Staaten, im Geiste der Ausdehnung der europäischen Völker zu vermitteln, sprechen die südamerikanischen Delegationen Mello Franco den Wunsch aus, Brasilien möge auf ihm gut erscheinende Weise die Einstimmigkeit des Rates erleichtern, um dem Rate die zu fassenden Beschlüsse zu ermöglichen.

3. Sie bitten Mello Franco vor dem Rate die einstimmige Ueberzeugung der südamerikanischen Delegationen vorzutragen, daß die südamerikanischen Staaten auf eine ihrer Zahl entsprechende größere Vertretung im Rat Anspruch haben.“

Aus aller Welt.

Ein Reichswehrgeschos.

Am Sonntag abend wurde Reichswehrgeschos dahle vom 9. Infanterieregiment, das zurzeit in der Ruhlebener Kaserne bei Spandau liegt, angechossen. Dahle hatte einen einlamen Posten am Pulverschuppen, der hinter den Schießständen an der Heide liegt, bezogen. Kurz nach Eintritt der Dunkelheit ertönten von seinem Posten Schüsse, die von dem Nachbarn sofort gehört wurden und, als Alarmchüsse aufgefaßt, ebenfalls sofort weitergegeben wurden. Die Hauptwache eilte auf den Alarm herbei und fand Dahle etwa 100 Meter von seinem Posten entfernt blutüberströmt und bewegungslos auf dem Boden liegen.

Neues Unglück auf der Konfordgrube.

Am Sonntag früh um 5 Uhr stürzten in einem Ortbetriebe der Konfordgrube in Hindenburg die Kohlen infolge eines logenannten Gebirgschlags ab und verschütteten drei vor Ort befindliche Jäger. Die Bergungsarbeiten mußten infolge neuer Gebirgsbewegungen zeitweilig eingestellt werden. Ein Fahrsteiger wurde verletzt. Die Bergung der Verschütteten hat bisher nicht erfolgen können. Es wird jedoch kaum damit gerechnet werden können, daß einer der verschütteten Bergleute geborgen werden kann.

Amundsens Noepostfahrt.

Amundsen, von Amerika kommend, ist in Southampton eingetroffen, um die letzten Vorbereitungen für seinen Luftschiffzug von Spitzbergen nach Alaska zu treffen. Falls die atmosphärischen Bedingungen günstig sind, soll der Flug im Mai begonnen werden.

Epidemie auf einem Südamerikadampfer.

Infolge einer Masernepidemie und des Auftretens von Lungenerkrankungen an Bord des Dampfers „Belvedere“ sind während der Ueberfahrt von Triest nach Buenos Aires 30 Personen gestorben.

Die Temperatur der Planeten.

Wie E. Schönberg in der Astrophysischen Zeitschrift mitteilt, gibt es noch kein sicheres Verfahren, aus der Strahlung eines Planeten im Gaszustand auf dessen Temperaturverteilung zu schließen. Wohl läßt sich auf Grund der seit 12 Jahren auf der Lya-Sternwarte und in Arizona ausgeführten Messungen die Temperatur der Oberfläche der Planeten mit fester Kruste bestimmen, und zwar für Venus auf etwa plus 45 Grad C, für Mars auf minus 15 Grad, für Jupiter und Saturn auf minus 80 Grad.

Streifzug durch den neuen württ. Staatshaushalt.

wp. In einer Pressebesprechung machte Ministerialrat Müller vom Finanzministerium nähere Mitteilungen über den soeben im Druck teilweise ausgegebenen neuen württembergischen Staatshaushaltplan für 1926-27. Seit 1914 ist der neue Planentwurf erstmals wieder ausnahmsweise für zwei Jahre, für 1926 und 1927, aufgestellt worden. Die Ausgabe des Etats für 2 Jahre soll jedoch eine dauernde Einrichtung nicht werden, schon weil dazu eine Aenderung der Verfassung notwendig wäre. Die Rechnungsergebnisse des Etatsjahres 1923 konnten wegen der damals noch hereinspielenden Inflation nur in ganz summarischen Zahlen, und zwar in Form eines Kassenabschlusses, ausgewiesen werden. Dieser Abschluß ergab einen Ueberschuß von etwa 7 Mill. Goldmark. Das

Jahr 1924 hat dagegen einen beträchtlichen Ueberschuß gebracht, weil an Reichsteuern bedeutend mehr, als im Boranschlag vorgesehen, überwiesen werden konnte; so konnten aus diesem Ueberschuß für den laufenden Haushalt der Jahre 1926 und 1927 zusammen rund 11 Mill. Mark eingeseßt werden.

Im ordentlichen Dienst schließt der vorliegende Haushaltplan für 1926 mit einer Gesamtausgabe von 214,258 000 Mark ab, für das Jahr 1927 mit 212,828 000 Mark; die Gesamteinnahmen sind für 1926 212,160 Mark, für 1927 zu 212,104 000 Mark veranschlagt, so daß für das Jahr 1926 mit einem Ubmangel von rund 2 Mill. Mark, für das Jahr 1927 mit einem solchen von nur 724 000 Mark zu rechnen wäre. Gegenüber dem Vorjahr 1925 sind die Ausgaben gestiegen um 26,5 bzw. 25,2 Mill. Mark, die Einnahmen um 29,5 bzw. rund 29 Mill. Mark. Der verhältnismäßig niedrige Ubmangel war nur zu erreichen dadurch, daß die Ausgaben aufs allerhöchste zusammengestrichen, die Einnahmen gestreckt und auf die Ansammlung von Reserven verzichtet wurde, ferner durch die Ueberschüsse von 1924 und 1925. Von den Gesamtausgaben von 1926 entfallen auf den persönlichen Aufwand, also auf Beamtenpersonalbedarf usw. im Jahre 1926 rund 122,8 Mill. oder 57 Prozent, auf den sachlichen Aufwand 91,3 Mill. Mark oder 43 Prozent; im Jahre 1927 auf die persönlichen Ausgaben 123 Mill. Mark oder 58 Prozent, auf die Sachausgaben 89,7 Mill. Mark (42 Prozent).

Im außerordentlichen Dienst treten in Erscheinung die Ueberschüsse von rund 11 Mill. Mark aus den beiden vorhergegangenen Etatjahren und an Ausgaben: für weitere Aufwendungen aus der Beteiligung des Staates an den Schwab. Hüttenwerken 1 Mill. Mark, an den Juraabfuhrerwerken gleichfalls 1 Mill. Mark und als Betriebskapital für die Torfverwaltung Schüssenried 350 000 Mark, des ferner 140 000 Mark für Ueberschreitungen bei der Großgarage der Kraftwerksgesellschaft. Es verbleiben somit noch 9,6 Mill. Mark, die hälftig für die beiden Etatjahre, also mit je 4,8 Mill. Mark, als Zuschuß für den ordentlichen Dienst eingestellt sind.

Von den einzelnen Stats ist hervorzuheben: die Justizverwaltung erfordert einen Zuschußbedarf von 11,9 Mill. Mark; sie ist die einzige Verwaltung, die einen Minderbedarf (1,5 Mill. Mark) aufweist; ihr Aufgabekreis ist jedoch nicht verringert worden, der Minderbedarf erklärt sich im Zusammenhang mit den Rechnungsergebnissen der beiden Vorjahre. Die Verwaltung des Innern erfordert einen Zuschuß von rund 31,5 Mill. Mark für jedes der beiden Etatjahre, das sind rund 4,5 Mill. Mark mehr als 1925. An einmaligen Ausgaben erscheinen hier 5,5 Mill. Mark für Straßen- und Wasserbau, sowie 1,9 Mill. Mark für die Fortführung der Arbeiten am Redartanal. Beträchtliche Aufwendungen sind auch notwendig für die öffentliche Fürsorge, sowie für das öffentliche Gesundheitswesen. Beim Straßen- und Wasserbau ist im Hinblick auf den sehr schlechten Zustand der meisten Straßen ein Bedarf von rund 12,5 Mill. Mark (mehr 5,7 Mill. Mark eingeseßt) bei der öffentlichen Fürsorge 3,4 Mill. Mark (statt 1,7 Mill. Mark). — Das Arbeitsministerium erfordert für 1926 rund 8,2 Mill. Mark, für 1927 7 Mill. Mark. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist zurückzuführen auf die erhöhte Förderung der Bodenverbesserung und der Feldbereinigung und der Vermehrung der Zahl der landwirtschaftlichen Winterjahren. Geplant ist die Schaffung von zwei weiteren Kulturbaudämtern. Zur Förderung des Luftverkehrs sind 220 000 Mark mehr eingeseßt, da Württemberg auf diesem Gebiete nicht ins Hintertreffen geraten sollte.

Bei der Kulturverwaltung beträgt der Zuschußbedarf für jedes der beiden Jahre rund 43 Millionen Mark. Die Leistungen an die Kirchen belaufen sich für jedes der beiden Etatjahre zusammen auf 11 Millionen Mark, wovon auf die evangelische Kirche 7,4 auf die katholische 3,7 Millionen Mark kommen. Was die 3 Hochschulen des Landes anbelangt, so zeigen die Universtität und die Technische Hochschule ungefähr den gleichen Besucherstand wie im Vorjahr, in Hohenheim ist die Zahl der Studierenden dagegen erheblich zurückgegangen. Der Staatszuschuß für die Universtität beläuft sich für 1926 auf 2,8 Millionen Mark, für die Technische Hochschule 362 000 Mark. Für das Jahr 1926 sollen 4 neue landwirtschaftliche Winterjahren geschaffen werden, womit die Gesamtzahl derselben auf 28 gestiegen ist. Bei den Gewerbe- und Handelsschulen sollen 20 nicht planmäßige Stellen in planmäßige umgewandelt und 40 weitere außerplanmäßige Lehrkräfte an Gewerbe- und Handelsschulen angestellt werden, ferner 20 für die Frauenarbeitschulen in jedem der beiden Etatjahre. Bei den höheren Lehranstalten sind Mittel für weitere 35 außerplanmäßige Lehrkräfte, bei den Volksschulen 40 weitere außerplanmäßige Lehrstellen, ebenso eine Reihe von außerplanmäßigen Fachlehrerinnenstellen verlangt. Zur Bekämpfung der Junglehrernot sollen die Mittel für 200 weitere Schulpraktikantenstellen verlangt werden. Für die Landesbibliothek ist ein Zuschußbedarf von 1,4 Millionen Mark vorgeesehen. — Die Finanzverwaltung erfordert für 1926 und 1927 einen Zuschuß von 12,7 Millionen Mark, rund 2 Millionen Mark mehr. Für Zwecke der Justizverwaltung sind hier vorgeesehen: 500 000 Mark für einen Schlafjellenbau bei der Strafanstalt Ludwigsburg, ferner erhebliche Mittel für Verbesserung der Maschinen-einrichtung in Winmental und Weihenau und für die Kinderklinik in Tübingen.

Die Allgemeinen Staatsbedürfnisse erfordern rund 19 Millionen Mark für jedes der beiden Etatjahre. Dabel ist hervorzuheben, daß die Pensionen, die vor dem Kriege noch 8,3 Millionen Mark betragen, heute 17 Millionen Mark ausmachen. — Bei den Aufwendungen des Staatsvermögens fällt auf, ein starker Rückgang beim Forstrenten, der 1913 noch 13,7 Millionen Mark, 1925 noch 12 Millionen Mark betrug, für 1926 aber nur zu 11 Millionen Mark veranschlagt ist. Bei den Staatsdomänen liegt eine Ertragssteigerung um rund 400 000 Mark vor.

Stammheim, den 16. März 1926.
Todes-Anzeige.



Verwandten und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater u. Bruder

Georg Adam Koller
früherer Kirchenpfleger

heute Abend unerwartet rasch verschieden ist. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: die Witwe: **Karoline**, geb. Zigmann; die Kinder: **Gottlob Koller**, Gemeindepfleger; **Karl Koller**, Maurer; **Wilhelm Koller**, Kirchenpfleger; **Berta Reutter**, gebor. Koller.

Beerdigung Freitag Mittag 1/2 Uhr.

Dachtel, den 16. März 1926.
Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir bei dem herben Verluste unserer lieben Tochter und Schwester **Marie Bizer**

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, den erhebenden Gesang des Gesangsvereins, für die vielen Blumen-spenden, die überaus zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu ihrer letzten Ruhestätte sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.
Familie Bizer.

Pfannkuch
Wir empfehlen
Frische Cabliau
Pfd. 36 Pfg.
Bücklinge
Pfd. 28 Pfg.
5 Pfd Kiste 1 35 M.
Pfannkuch

Einige 1000 M.

(auch in kleineren Posten) hat gegen erstklassige Sicherheiten auf kürzere od. längere Zeit auszuleihen. Anfragen unter B. C. 63 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zum Eintritt auf 1. April
Mädchen
im Alter von 15-17 Jahren, das Liebe zu Kindern hat und ev. zu Hause schlafen kann.
Näheres durch die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einige Lehrlinginnen und Lehrlinge
werden zur gründlichen Ausbildung angenommen bei **Lorenz Veihofen**, Stulzfabrik, Unterreichenbach.

Museums-Gesellschaft Calw.

Gesellschaftsabend
am Freitag, 19. März 1926, abends 8 Uhr im Hotel „Waldhorn“.
— Tagesordnung: —
Abstimmungen u. a.

Ein Geldschein wurde gefunden.
bei Bäcker Kirchherr

Consum-Berein Calw.

Wir empfehlen unsere gut gepflegte
Weine

- Dürkheimer 1 Ltr. Fl. 1.—
 - Wachenheim. 1 Ltr. Fl. 1.25
 - Leroldigo 1/1 Fl. 1.20
 - Kalterer See 1/1 Fl. 1.20
 - St. Martinier Weißwein 1 Ltr. Fl. 1.25
 - 1921er Plattensee Spätlese 1/1 Fl. 1.30
 - Malaga gold 1/1 Fl. 1.50
- alles mit Steuer ohne Flasche.

N. B. Mitgliedsbücher u. Rückvergütungsscheine sind zur Verrechnung der Dividende bis zum 25. März in den Verteilungsstellen abzuliefern.

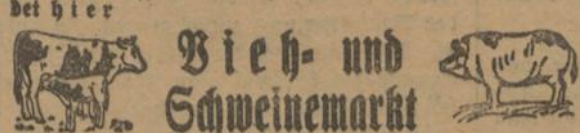
Gesucht wird ein größeres
Zimmer

auf einige Stunden in der Woche. Angebote unter B. C. 62 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wasserglas
hell u. geruchlos empfiehlt
Ch. Schlatterer.

Unterreichenbach.

Am nächsten Montag, den 22. März ds. Js. findet hier



Bieh- und Schweinemarkt
statt, wozu einladet.
Den 16. März 1926.

Gemeinderat.

Konfirmanden-Schirme Stöcke

J. Eberhard
Untere Marktstr. 72. Eigene Reparaturwerkstätte.

Ostergeschenke Evng. Buchhandlung
Carl Spambalg
Hermannstr. Fernspr. 189.

Serva-Kaffee

beste Mischungen, stets frisch gebrannt
Carl Serva, Calw Fernspr. 120

Deutschland-Fahrräder
beste Qualitätsmarke direkt ab Fabrik
Nähmaschinen, Uhren, Waffen
Fahrrad-Fabrik
August Stukenbrok, Einbeck 16
Größtes Fahrradhaus Deutschlands
Sportartikel aller Art, Preisliste kostenfrei

Färberei Brinß
Chemisches Reinigungswerk und Blüster-Anstalt
Annahmestellen in
Calw, Fräulein Julie Schimpf, Badstraße.
Althengstett, Frau Mina Essig, D'schneiderin.
Liebenzell, Carl Häußler, Kaufmann.

NW&K WOLLGARNE
Sportwollen
Nordstern-Puldania-Schneestern-Blau-sterne-führend in Güte und Farben
Überall erhältlich. Auf Wunsch Bezugsquellen-Nachweis durch Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld
Die N. W. und K.-Wollgarne sind zu haben im Garnhaus Heinrich Rühle, Calw.

Schultrangen
Ledergamaschen
Lederstulpen
Lederpulswärmer
Plaidriemen
Reicherl
Ja, das weiß bald jeder, ist bekannt für gutes Leder.

TAPETEN
in großer Auswahl auf Lager
EMIL G. WIDMAIER
Bahnhofstraße

Zwieback
und
Anisbrot
empfiehlt stets frisch
Hermann Schmürle.

Ein nüchtern, fleißiger
Pferdefleisch
für Mühle-Fuhrwerk und Landwirtschaft
kann sofort eintreten bei
Ernst Weik, Kunstmühle, Wildberg
D. A. Nagold.
Einen vor ca. 10 Jahren aus Rundholz hergestellten

Schuppen
zur Unterbringung von Heu, Stroh, Wagen usw. geeignet, 11.- m lg., 8.20 m bet. und 7.- m im First hoch, verkauft auf den Abbruch
Ernst Kirchherr, Zimmermeister, Calw.

Sirka 25 Zentner gut gewittertes emlg
Klee-Heu
(Bergfutter), sowie sirka 15 Zentner

Stroh
kann abgeben
Fr. Prof., Telefon 3 Wildberg D. A. Nagold.

Lüzenhardt.
1 Kuh
jamt Kalb
verkauft
Michael Schroth.

Eine gute
Kuh u. Schaff-Kuh
mit dem 5. Kalb jetzt dem Verkauf aus
Johannes Stahl, Gipfer, Ottersheim.

Einsetzen neuer l. Dual. Gummivalzen in Bringmaschinen unter Garantie Fr. Herzog d. „Röble“

Haarpfängen
repariert
S. Obermatt, Friseur.

Pfannkuch
Zur Konfirmation

Weizenmehl
Spezial 5 Pfd. 1.10
Feinstes Auszugmehl 5 Pfd. 1.10

Schweine-Schmalz
rein amerik.
Pfd. 92 Pfg.

Frische Steiermärker Eier
10 Stück 1.10

Rosinen
Sultaninen
Corinthien
Stets frische

Lafelbutter
Pfannkuch

Wasserglas
wasserhell und geruchlos zu haben bei
K. Hauber.

Damen- und Mädchen-Bekleidung
Mäntel, Kostüme, Taillenkleider, Röcke, Blusen,
C. Berner-Pforzheim
Verkaufsräume parterre und eine Treppe hoch.
ECKE METZGER & BEUMENSTRASSE